

22.06.01

Beschluss
des Deutschen Bundestages

**Gesetz zur Änderung verkehrswegerechtlicher Vorschriften
(VerkVÄndG)**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 177. Sitzung am 22. Juni 2001 die beiliegende
Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses
- Drucksache 14/6358 - zu dem

Gesetz zur Änderung verkehrswegerechtlicher Vorschriften (VerkVÄndG)

angenommen.

Anrufung des Vermittlungsausschusses: Drs. 641/00 (Beschluss)

Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode

Drucksache 14/6358

20.06.01

Beschlussempfehlung
des Vermittlungsausschusses

zu dem Gesetz zur Änderung verkehrswegerechtlicher Vorschriften (VerkVÄndG)

- Drucksachen 14/3646, 14/4221, 14/4648 -

Berichterstatte im Bundestag: Abgeordneter Michael Müller (Düsseldorf)

Berichterstatte im Bundesrat: Ministerin Karin Schubert

Der Bundestag wolle beschließen:

Unter Aufhebung des Gesetzesbeschlusses vom 12. Oktober 2000 zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung verkehrswegerechtlicher Vorschriften (VerkVÄndG) wird der Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 14/3646 - für erledigt erklärt.

Berlin, den 20. Juni 2001

Der Vermittlungsausschuss

Ortwin Runde

Vorsitzender

Michael Müller

Berichterstatte

Karin Schubert

Berichterstatte